

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzabkommen vom 27. August 2002 zum Abkommen vom 14. November 1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada über Soziale Sicherheit

A. Problem und Ziel

Es soll der durch die Wiedervereinigung Deutschlands geänderten Rechtslage im Bereich der Rentenversicherung Rechnung getragen werden.

Darüber hinaus soll die Zahlbarmachung von Fremdrenten an in Kanada lebende deutschsprachige Juden aus Osteuropa, die kanadische oder deutsche Staatsangehörige sind, ermöglicht werden. Deutschsprachige Juden aus osteuropäischen Staaten sind ab 1. Juli 1990 in das Fremdrentengesetz einbezogen worden und erhalten hierdurch ihre in den osteuropäischen Herkunftsländern zurückgelegten Beitrags- und Beschäftigungszeiten in der deutschen Rentenversicherung anerkannt, wenn sie sich gewöhnlich in Deutschland aufhalten. Auch für in Kanada lebende deutschsprachige Juden soll (wie bereits in der Vergangenheit für in Israel und den USA lebende deutschsprachige Juden in Abkommen geregelt) die Zahlbarmachung einer deutschen Rente nach dem Fremdrentengesetz für osteuropäische Zeiten ermöglicht werden.

Weiterhin soll das zwischenstaatliche Rentenverfahren erleichtert werden.

B. Lösung

Es werden Wohnzeiten in der ehemaligen DDR vor dem 3. Oktober 1990 mit Wohnzeiten in Kanada für den Anspruch auf eine kanadische

Fristablauf: 11. 04. 03

Volksrente zusammengerechnet. Kanadische Leistungen werden dann vom 3. Oktober 1990 an rückwirkend erbracht werden.

Das Zusatzabkommen ermöglicht die Zahlbarmachung von Fremdrenten an deutschsprachige Juden, die nach Kanada ausgewandert sind. Die Zahlung einer auf Beitragszeiten beruhenden Fremdrente ins Ausland ist allerdings nur möglich, wenn neben den Fremdrentenzeiten auch Beiträge zur deutschen Rentenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland gezahlt wurden. Das Zusatzabkommen ermöglicht deshalb diesem Personenkreis, die erforderlichen freiwilligen Beiträge zur deutschen Rentenversicherung nachzuentrichten.

Es werden zahlreiche Anpassungen von Regelungen an die Rechtsentwicklung vorgenommen und überflüssige Bestimmungen gestrichen.

Durch das geplante Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Zusatzabkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet; für den Bund ergeben sich aus der Zuordnung der auf dem Rentenniveau der neuen Bundesländer zu zahlenden Fremdrente zu den Rentenausgaben Ost finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuss.

E. Sonstige Kosten

Für die Rentenversicherung ergeben sich Aufwendungen für Rentenzahlungen an fremdrentenberechtigte Personen in Kanada beginnend mit dem 1. Juli 1990 in Höhe von ca. 50 000 Euro jährlich; dem stehen Nachrichtungsbeiträge in Höhe von ca. 60 000 Euro gegenüber.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für Unternehmen und die betroffenen Personen nicht entstehen.

28. 02. 03

AS

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Zusatzabkommen vom 27. August 2002
zum Abkommen vom 14. November 1985
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada
über Soziale Sicherheit

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 28. Februar 2003

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzabkommen vom 27. August 2002
zum Abkommen vom 14. November 1985 zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und Kanada über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Gerhard Schröder

Entwurf

**Gesetz
zu dem Zusatzabkommen vom 27. August 2002
zum Abkommen vom 14. November 1985
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada
über Soziale Sicherheit**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Toronto am 27. August 2002 unterzeichneten Zusatzabkommen zum Abkommen vom 14. November 1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada über Soziale Sicherheit (BGBl. 1988 II S. 26) wird zugestimmt. Das Zusatzabkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Ausgaben für die Zahlung der auf Zeiten nach dem Fremdrentengesetz beruhenden Leistungen sind Ausgaben der Rentenversicherung für das Beitrittsgebiet.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Zusatzabkommen nach seinem Artikel 2 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Zusatzabkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit dem Zusatzabkommen unter anderem das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Klarstellung, dass die Ausgaben für die Fremdreten auch den Bundeszuschuss im Beitrittsgebiet entsprechend erhöhen.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Zusatzabkommen nach seinem Artikel 2 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet; für den Bund ergeben sich aus der Zuordnung der auf dem Rentenniveau der neuen Bundesländer zu zahlenden Fremdrete zu den Rentenausgaben Ost geringfügige finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuss.

Für die Rentenversicherung ergeben sich Aufwendungen für Rentenzahlungen an fremdretenberechtigte Personen in Kanada beginnend mit dem 1. Juli 1990 in Höhe von ca. 50 000 Euro jährlich; dem stehen Nachentrichtungsbeiträge in Höhe von ca. 60 000 Euro gegenüber.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für Unternehmen und die betroffenen Personen nicht entstehen.

Zusatzabkommen
zum Abkommen vom 14. November 1985
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada
über Soziale Sicherheit

Supplementary Agreement
to the Agreement on Social Security of 14 November 1985
between the Federal Republic of Germany and Canada

Accord supplémentaire
à l'Accord sur la sécurité sociale du 14 novembre 1985
entre la République fédérale d'Allemagne et le Canada

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Kanada –

The Federal Republic of Germany
and
Canada –

La République fédérale d'Allemagne
et
le Canada –

in dem Wunsch, das am 14. November 1985 in Bonn unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada über Soziale Sicherheit, im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet, den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen –

Desiring to adjust the Agreement on Social Security between the Federal Republic of Germany and Canada signed at Bonn on 14 November 1985, hereinafter referred to as “the Agreement”, to the present circumstances –

désireux d'adapter à la situation actuelle l'Accord sur la sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Canada signé à Bonn le 14 novembre 1985 et ci-après dénommé «l'Accord» –

haben Folgendes vereinbart:

Have agreed as follows:

sont convenus des dispositions suivantes:

Artikel 1

Article 1

Article 1^{er}

(1) Artikel 1 des Abkommens wird wie folgt geändert:

(1) Article 1 of the Agreement is amended as follows:

(1) L'article 1^{er} de l'Accord est modifié de la façon suivante:

- a) In Absatz 1 Buchstabe a werden die Worte „den Geltungsbereich der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a genannten Rechtsvorschriften“ durch die Worte „deren Hoheitsgebiet“ ersetzt.
- b) In Absatz 1 Buchstabe d werden die Worte „den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung“ durch die Worte „das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung“ sowie ferner im englischen und französischen Wortlaut die Worte „Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung“ durch die Worte „Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung“ ersetzt.

- (a) In subparagraph (1)(a), the words “the territory in which the legislation specified in Article 2(1)(a) applies” are replaced by the words “the territory of the Federal Republic of Germany”.
- (b) In subparagraph (1)(d), the words “the Federal Minister of Labour and Social Affairs” are replaced by the words “the Federal Ministry of Labour and Social Affairs”; in the English and French texts, the words “Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung” are replaced by the words “Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung”.

- (a) À l'alinéa (1) (a), les mots «le territoire où s'applique la législation spécifiée à l'article 2(1) (a)» sont remplacés par les mots «le territoire de la République fédérale d'Allemagne».
- (b) À l'alinéa (1) (d), les mots «le Ministre fédéral du Travail et des Affaires sociales» sont remplacés par les mots «le Ministère fédéral du Travail et des Affaires sociales»; dans les textes français et anglais, les mots «Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung» sont remplacés par les mots «Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung».

(2) Artikel 2 des Abkommens wird wie folgt geändert:

(2) Article 2 of the Agreement is amended as follows:

(2) L'article 2 de l'Accord est modifié de la façon suivante:

- a) Absatz 1 Buchstabe a wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:
„in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland auf die Rechtsvorschriften über
- i) die Rentenversicherung,
- ii) die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
- iii) die Alterssicherung der Landwirte;“.

- (a) The text of subparagraph (1)(a) is deleted and replaced by the following:
“as regards the Federal Republic of Germany, to the legislation concerning:
- (i) Pension Insurance (Rentenversicherung),
- (ii) Steelworkers' Supplementary Insurance (Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung),
- (iii) Farmers' Old Age Security (Alterssicherung der Landwirte);”

- (a) Le texte de l'alinéa (1) (a) est supprimé et remplacé par ce qui suit:
«pour la République fédérale d'Allemagne, à la législation concernant:
- (i) l'assurance-pension (Rentenversicherung),
- (ii) l'assurance-pension supplémentaire des travailleurs de la sidérurgie (Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung),
- (iii) la sécurité de vieillesse des agriculteurs (Alterssicherung der Landwirte);»

- b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Dieses Abkommen bezieht sich, vorbehaltlich der Nummer 2 Buchstabe d des Schlussprotokolls zum Abkommen, auch auf Gesetze und Verordnungen, welche die in Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Rechtsvorschriften ändern, ergänzen, zusammenfassen oder ersetzen.“

- (3) In Artikel 11 Buchstaben a und b des Abkommens wird das Wort „Ehegatten“ durch die Worte „Ehegatten oder Lebenspartner“ ersetzt und der Satzteil „während einer Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts“ durch den Satzteil „während einer Zeit der Anwesenheit oder des gewöhnlichen Aufenthalts“ ersetzt.

- (4) Artikel 13 Buchstaben c bis g des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„c) Für die Rentenberechnung werden Entgeltpunkte nur aus den Versicherungszeiten ermittelt, die nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegt sind.

- d) Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften der Anspruch auf eine Leistung davon abhängig, dass in einem festgelegten Zeitraum (Rahmenzeitraum) eine bestimmte Anzahl von Pflichtbeiträgen entrichtet wurde, und sehen diese Rechtsvorschriften weiter vor, dass Zeiten, in denen Leistungen gewährt wurden, oder Zeiten der Kindererziehung diesen Zeitraum verlängern, so verlängert sich dieser Rahmenzeitraum auch durch Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrente nach den kanadischen Rechtsvorschriften oder Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den Vorschriften Kanadas oder einer Provinz Kanadas gezahlt wurden, und durch Zeiten der Kindererziehung in Kanada.

- e) Hängt für einen selbständig erwerbstätigen Handwerker das Recht auf Befreiung von der Versicherungspflicht davon ab, ob eine Mindestzahl von Beiträgen entrichtet worden ist, so werden dafür auch die nach den Rechtsvorschriften über die Kanadische Rentenversicherung zurückgelegten Versicherungszeiten berücksichtigt.“

- (5) Artikel 14 Buchstaben a bis d des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„a) i) Für den Anspruch auf eine Volksrente oder einen Zuschuss nach den Rechtsvorschriften über die Volksrente wird bei Anwendung des Artikels 12 eine Versicherungszeit nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder eine Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts im Hoheitsgebiet der Bun-

- (b) After paragraph (2) the following paragraph (3) is added:

“(3) Subject to point 2(d) of the Final Protocol to the Agreement, this Agreement shall also apply to the laws and regulations which amend, supplement, consolidate or supersede the legislation specified in subparagraphs (1)(a) and (b) of this Article.”

- (3) In Article 11(a) and (b) of the Agreement, the term “spouse” is replaced by the phrase “spouse or common-law partner”, and the phrase “during any period of residence” is replaced by the phrase “during any period of presence or residence”.

- (4) In Article 13 of the Agreement, subparagraphs (c) to (g) are deleted and replaced by the following:

“(c) For the calculation of pensions, earnings points shall be determined solely on the basis of the periods of coverage completed under German legislation.

- (d) Where under German legislation entitlement to a benefit is conditional upon the fact that a given number of mandatory contributions has been paid within a specified period (reference period) and where that legislation provides that this period is extended by periods of receipt of benefits or periods of child raising, this reference period shall also be extended by periods of receipt of invalidity or old-age pensions under the legislation of Canada or benefits on account of sickness, unemployment or industrial injury (except pensions) under the laws of Canada or the laws of a province of Canada and by periods of child raising in Canada.

- (e) When the right of a self-employed craftsman to be exempted from the liability for mandatory coverage is conditional upon payment of a minimum number of contributions, periods of coverage completed under the Canada Pension Plan shall be taken into account for this purpose.”

- (5) In Article 14 of the Agreement, subparagraphs (a) to (d) are deleted and replaced by the following:

“(a) (i) For purposes of determining eligibility for an Old Age Security pension or an allowance under the Old Age Security Act through the application of Article 12, a period of coverage under the legislation of the Federal Republic of Germany, or a period of residence in the territory of the Federal Repub-

- (b) Après le paragraphe (2) est ajouté le paragraphe (3) suivant:

«(3) Sous réserve du point 2 (d) du Protocole final de l'Accord, le présent Accord s'applique également aux lois et aux règlements qui modifient, complètent, unifient ou remplacent la législation spécifiée aux alinéas (1) (a) et (b) du présent article.»

- (3) À l'article 11 (a) et (b) de l'Accord, le terme «conjoint» est remplacé par l'expression «époux(se) ou conjoint de fait» et l'expression «pendant une période de résidence» est remplacée par l'expression «pendant une période de présence ou de résidence».

- (4) À l'article 13 de l'Accord, les alinéas (c) à (g) sont supprimés et remplacés par ce qui suit:

«(c) Aux fins du calcul des pensions, les niveaux des gains sont déterminés en fonction des seules périodes d'assurance accomplies aux termes de la législation allemande.

- (d) Si, aux termes de la législation allemande, l'admissibilité à une prestation est subordonnée au fait qu'un nombre donné de cotisations obligatoires soient versées pendant une période spécifiée (période de référence) et si ladite législation stipule que les périodes pendant lesquelles une personne a reçu des prestations ou a élevé des enfants prolongent ladite période, les périodes pendant lesquelles la personne a reçu une pension d'invalidité ou de vieillesse aux termes de la législation du Canada ou des prestations versées en raison de maladie, de chômage ou d'accident du travail (à l'exception des pensions) aux termes des lois du Canada ou des lois d'une province canadienne ainsi que les périodes pendant lesquelles une personne a élevé des enfants au Canada prolongent également ladite période de référence.

- (e) Lorsque le droit d'un artisan travaillant à son compte d'être dispensé de l'obligation de s'assurer est subordonné au versement d'un nombre minimal de cotisations, les périodes d'assurance accomplies aux termes du Régime de pensions du Canada sont prises en considération à cette fin.»

- (5) À l'article 14 de l'Accord, les alinéas (a) à (d) sont supprimés et remplacés par ce qui suit:

«(a) (i) Aux fins de l'ouverture du droit à une pension de la Sécurité de la vieillesse ou à une allocation aux termes de la Loi sur la sécurité de la vieillesse, compte tenu des dispositions de l'article 12, une période d'assurance accomplie aux termes de la législation de la République fédérale d'Allemagne

desrepublik Deutschland als Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts im Hoheitsgebiet von Kanada anerkannt, wenn die Zeit nach dem für die Anrechnung von Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts nach den kanadischen Rechtsvorschriften bestimmten Alter liegt.

- ii) Bei Anwendung des Buchstabens a Ziffer i wird eine Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts vor dem 3. Oktober 1990 in dem in Artikel 3 des Vertrags vom 31. August 1990 über die Herstellung der Einheit Deutschlands genannten Gebiet als Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts im Hoheitsgebiet von Kanada anerkannt.

- b) Hat eine Person allein aufgrund der Anwendung des Artikels 12 Anspruch auf Zahlung einer Volksrente oder eines Zuschusses nach den Rechtsvorschriften über die Volksrente, so berechnet der zuständige Träger Kanadas den an diese Person zu zahlenden Betrag der Rente oder des Zuschusses nach den Bestimmungen der Rechtsvorschriften über die Volksrente, welche die Zahlung einer Teilrente oder eines Zuschusses vorsehen, ausschließlich aufgrund der nach diesen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts in Kanada.

- c) Buchstabe b findet auch Anwendung auf eine Person, die Anspruch auf die Zahlung einer Rente in Kanada hat, die sich aber nicht die nach den Rechtsvorschriften über die Volksrente für den Anspruch auf Rentenzahlung ins Ausland erforderliche Mindestzeit in Kanada gewöhnlich aufgehalten hat.

- d) Ungeachtet anderer Bestimmungen dieses Abkommens

- i) wird einer Person, die sich außerhalb Kanadas befindet, eine Volksrente nur dann gezahlt, wenn die Versicherungszeiten dieser Person bei Zusammenrechnung nach Artikel 12 mindestens der nach den Rechtsvorschriften über die Volksrente für den Anspruch auf Rentenzahlung ins Ausland erforderlichen Mindestzeit des gewöhnlichen Aufenthalts in Kanada entsprechen;

- ii) wird der Zuschuss und der Zuschlag zur Gewährleistung eines Mindesteinkommens (guaranteed income supplement) an eine Person, die sich außerhalb Kanadas befindet, nur in dem nach den Rechtsvorschriften über die Volksrente zulässigen Ausmaß gezahlt.“

- (6) Artikel 15 des Abkommens wird wie folgt geändert:

- a) Unter Buchstabe b Ziffer i werden die Worte „Rente wegen Erwerbsunfähigkeit (disability pension), auf Kinderleistung für einen erwerbsunfähigen

lic of Germany, after the age at which periods of residence in Canada are creditable for purposes of that Act, shall be considered as a period of residence in the territory of Canada.

- (ii) In the application of subparagraph (a)(i), a period of residence prior to 3 October 1990 in the territory specified in Article 3 of the Treaty on the establishment of German Unity of 31 August 1990 shall be considered as a period of residence in the territory of Canada.

- (b) If a person is entitled to the payment of an Old Age Security pension or an allowance under the Old Age Security Act solely through the application of Article 12, the competent institution of Canada shall calculate the amount of the pension or allowance payable to that person in conformity with the provisions of the Old Age Security Act governing the payment of a partial pension or allowance, exclusively on the basis of periods of residence in Canada which may be considered under that Act.

- (c) Subparagraph (b) shall also apply to a person who is entitled to the payment of a pension in Canada but who has not resided in Canada for the minimum period required by the Old Age Security Act for entitlement to the payment of a pension outside Canada.

- (d) Notwithstanding any other provision of this Agreement:

- (i) an Old Age Security pension shall be paid to a person who is outside Canada only if that person's periods of coverage, when added together as provided in Article 12, are at least equal to the minimum period of residence in Canada required by the Old Age Security Act for entitlement to the payment of a pension outside Canada;

- (ii) an allowance and a guaranteed income supplement shall be paid to a person who is outside Canada only to the extent permitted by the Old Age Security Act.”

- (6) Article 15 of the Agreement is amended as follows:

- (a) In subparagraph (b)(i), the words “a disability pension, disabled contributor's child's benefit, survivor's pension, orphan's benefit or death benefit” are

ou une période de résidence sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, après l'âge auquel les périodes de résidence au Canada sont admissibles aux fins de ladite Loi, est considérée comme une période de résidence sur le territoire du Canada.

- (ii) Aux fins de l'application de l'alinéa (a) (i), une période de résidence antérieure au 3 octobre 1990 sur le territoire spécifié à l'article 3 du Traité relatif à l'établissement de l'unité allemande du 31 août 1990, est considérée comme une période de résidence sur le territoire du Canada.

- (b) Si une personne a droit au versement d'une pension de la Sécurité de la vieillesse ou d'une allocation aux termes de la Loi sur la sécurité de la vieillesse uniquement en vertu de l'application des dispositions de l'article 12, l'institution compétente du Canada détermine le montant de la pension ou de l'allocation payable à ladite personne conformément aux dispositions de la Loi sur la sécurité de la vieillesse qui régissent le versement de la pension partielle ou de l'allocation, uniquement en fonction des périodes de résidence au Canada admissibles aux termes de ladite Loi.

- (c) Les dispositions de l'alinéa (b) s'appliquent également à toute personne qui a droit au versement d'une pension au Canada mais qui n'a pas résidé au Canada pendant la période minimale exigée par la Loi sur la sécurité de la vieillesse pour l'ouverture du droit au versement d'une pension hors du Canada.

- (d) Nonobstant toute autre disposition du présent Accord:

- (i) une pension de la Sécurité de la vieillesse est versée à une personne qui est hors du Canada uniquement si les périodes d'assurance de ladite personne, totalisées conformément à l'article 12, sont au moins égales à la période minimale de résidence au Canada exigée par la Loi sur la sécurité de la vieillesse pour l'ouverture du droit au versement de la pension hors du Canada;

- (ii) l'allocation et le supplément de revenu garanti sont versés à une personne qui est hors du Canada uniquement dans la mesure permise par la Loi sur la sécurité de la vieillesse.»

- (6) L'article 15 de l'Accord est modifié de la façon suivante:

- (a) À l'alinéa (b) (i), les mots «une pension d'invalidité, à une prestation d'enfant de cotisant invalide, à une pension de survivant, à une prestation d'orphelin

Beitragszahler (disabled contributor's child's benefit), auf Hinterbliebenenrente (survivor's pension), Waisenrente (orphan's benefit) oder Sterbegeld (death benefit)“ durch die Worte „eine Leistung“ ersetzt.	replaced by the words “a benefit”.	ou à une prestation de décès» sont remplacés par les mots «une prestation».
b) Unter Buchstabe b Ziffer ii wird der Punkt am Ende gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt: „, wobei jedoch in keinem Fall dieses Verhältnis den Wert von eins übersteigen darf.“	(b) In subparagraph (b)(ii), the period at the end thereof is deleted and replaced by the following: “, but in no case shall that ratio exceed the value of one.”	(b) À l'alinéa (b) (ii), le point final est supprimé et remplacé par ce qui suit: «, mais ladite proportion n'excède en aucun cas la valeur de un.»
c) Buchstabe c wird gestrichen.	(c) Subparagraph (c) is deleted.	(c) L'alinéa (c) est supprimé.
(7) In Artikel 18 des Abkommens wird nach Satz 2 folgender Satz angefügt: „Satz 2 gilt auch für Entscheidungen der Gerichte und Bescheide, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.“	(7) In Article 18 of the Agreement, the following sentence is added after the second sentence thereof: “The second sentence shall also apply to decisions of courts and notifications issued in connection with the implementation of the German Law Governing War Victims' Assistance (Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges) and those laws which declare the first-mentioned law to be applied accordingly.”	(7) À l'article 18 de l'Accord, la phrase suivante est ajoutée après la deuxième phrase: «La deuxième phrase s'applique également aux décisions des cours et aux notifications émises dans le cadre de la mise en œuvre de la Loi allemande régissant l'aide aux victimes de guerre (Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges) et des lois déclarant que la Loi susmentionnée doit être appliquée par analogie.»
(8) In Artikel 19 Absatz 3 des Abkommens wird Satz 1 gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt: „Ein Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats, vorausgesetzt, dass der Antragsteller zum Zeitpunkt der Antragstellung	(8) In Article 19(3) of the Agreement, the first sentence is deleted and replaced by the following: “An application for a benefit payable under the legislation of one Contracting State shall be deemed to be an application for the corresponding benefit payable under the legislation of the other Contracting State, provided that the applicant at the time of application:	(8) À l'article 19 (3) de l'Accord, la première phrase est supprimée et remplacée par ce qui suit: «Une demande de prestation payable aux termes de la législation d'un État contractant est réputée être une demande d'une prestation correspondante payable aux termes de la législation de l'autre État contractant, à condition que le requérant, au moment de sa demande:
a) beantragt, dass der Antrag als ein Antrag nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats behandelt wird, oder	(a) requests that it be considered an application under the legislation of the other Contracting State, or	(a) demande qu'elle soit considérée une demande aux termes de la législation de l'autre État contractant, ou
b) Informationen bereitstellt, aus denen ersichtlich ist, dass Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zurückgelegt wurden.“	(b) provides information indicating that periods of coverage have been completed under the legislation of the other Contracting State.”	(b) fournisse des renseignements indiquant que des périodes d'assurance ont été accomplies aux termes de la législation de l'autre État contractant.»
(9) Der Wortlaut des Artikels 20 des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt: „(1) Die in Artikel 16 Absatz 1 genannten Stellen eines Vertragsstaats übermitteln	(9) The text of Article 20 of the Agreement is deleted and replaced by the following: “(1) The agencies of a Contracting State referred to in Article 16(1) shall, in accordance with:	(9) Le texte de l'article 20 de l'Accord est supprimé et remplacé par ce qui suit: «(1) Les organismes d'un État contractant spécifiés à l'article 16 (1), conformément à:
a) in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats und	(a) the legislation of that Contracting State, and	(a) la législation de cet État contractant, et
b) in Übereinstimmung mit diesem Abkommen oder einer nach Artikel 21 zu seiner Durchführung geschlossenen Vereinbarung	(b) this Agreement or any arrangement concluded pursuant to Article 21 for the implementation of this Agreement,	(b) au présent Accord ou tout arrangement conclu conformément à l'article 21 aux fins de la mise en application du présent Accord,
den zuständigen Stellen des anderen Vertragsstaats alle in ihrem Besitz befindlichen personenbezogenen Daten, die für die Durchführung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, benötigt werden.	transmit to the competent agencies of the other Contracting State any information in their possession about an individual required for the application of this Agreement or of the legislation to which this Agreement applies.	transmettent aux organismes compétents de l'autre État contractant tout renseignement en leur possession relatif à une personne requis aux fins de l'application du présent Accord et de la législation à laquelle le présent Accord s'applique.
(2) Personenbezogene Daten, die nach Absatz 1 von einer Stelle eines Vertragsstaats an eine Stelle im anderen Vertragsstaat übermittelt werden, werden in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften	(2) Any information about an individual transmitted under paragraph (1) by an agency of one Contracting State to an agency of the other Contracting State shall be protected in each Contracting State in	(2) Tout renseignement relatif à une personne transmis aux termes de l'alinéa (1) par un organisme d'un État contractant à un organisme de l'autre État contractant est protégé dans chaque État contractant

im jeweiligen Vertragsstaat und den folgenden Bestimmungen geschützt:

- a) Die Stelle eines Vertragsstaats, der die Daten übermittelt wurden, hat diese Daten vertraulich zu behandeln und in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- b) Die Stelle eines Vertragsstaats, der die Daten übermittelt wurden, darf diese Daten für die Durchführung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats verwenden und an andere Stellen in diesem Vertragsstaat weiterübermitteln. Die Daten dürfen nur insofern für andere Zwecke verwendet und an andere Stellen weiterübermittelt werden, als dies ausdrücklich nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats zulässig ist. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unterrichten sich gegenseitig über alle Änderungen ihrer Rechtsvorschriften, die den Schutz von personenbezogenen Daten betreffen, und insbesondere über zusätzliche Zwecke für die Verwendung oder Weiterübermittlung solcher Daten an andere Stellen. Der Vertragsstaat, dessen Rechtsvorschriften sich geändert haben, tritt auf Verlangen des anderen Vertragsstaats in Verhandlungen ein, um dieses Abkommen gegebenenfalls zu ändern oder zu ergänzen.
- c) Die Stelle, der die Daten übermittelt wurden, unterrichtet die übermittelnde Stelle in Einzelfällen auf deren Ersuchen über die Verwendung dieser Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- d) Die betreffende Person hat auf Antrag gegenüber der Stelle jedes Vertragsstaats das Recht auf Auskunft über die übermittelten Daten und über den Zweck, zu dem diese angefordert beziehungsweise übermittelt wurden.
- e) Die die Daten übermittelnde Stelle hat alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die Daten richtig sind und sich auf das für den Zweck der Übermittlung unbedingt notwendige Ausmaß beschränken.
 - i) Erweist sich, dass unrichtige Daten übermittelt worden sind, ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen; diese berichtet die unrichtigen Daten unverzüglich.
 - ii) Erweist sich, dass die Übermittlung der Daten nach den Rechtsvorschriften des übermittelnden Vertragsstaats verboten ist, ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen; diese Stelle löscht diese

accordance with its legislation and the following provisions:

- (a) The agency of a Contracting State to which the information is transmitted shall treat that information as confidential and shall effectively protect it against unauthorized access, unauthorized alterations and unauthorized disclosure in accordance with the legislation of that Contracting State.
- (b) The agency of a Contracting State to which the information is transmitted may use that information, and may disclose it to other agencies in that Contracting State, for the purposes of implementing this Agreement or the legislation of that Contracting State. The information may be put to other uses and may be disclosed to other bodies only to the extent specifically permitted under the legislation of that Contracting State. The competent authorities of the Contracting States shall inform each other about all amendments to their legislation regarding the protection of personal information and, in particular, additional purposes for which such information may be used or disclosed to other bodies. The Contracting State whose legislation has been amended shall, at the request of the other Contracting State, enter into negotiations to amend or supplement this Agreement, as may be required.
- (c) In individual cases, the agency to which the information is transmitted shall, at the request of the agency which has transmitted that information, inform the latter of the use to which that information has been put and the outcome thereof.
- (d) The individual concerned shall, on request to the agency of either Contracting State, have the right to be informed of the information which has been transmitted, and the purpose for which that information has been requested or transmitted, as the case may be.
- (e) The agency which transmits the information shall take all necessary steps to ensure that the information is accurate and is strictly limited to that absolutely necessary for the purpose of the transmission.
 - (i) If it becomes evident that incorrect information was transmitted, the agency which has received the information must be immediately notified of this fact, and it shall immediately correct the incorrect information.
 - (ii) If it becomes evident that the transmission of the information is prohibited under the legislation of the transmitting Contracting State, the agency which has received the information must be immediately

conformément à leur législation et aux dispositions suivantes:

- (a) L'organisme d'un État contractant auquel le renseignement est transmis traite ledit renseignement de façon confidentielle et le protège effectivement contre l'accès non autorisé, les altérations non autorisées et la divulgation non autorisée conformément à la législation de cet État contractant.
- (b) L'organisme d'un État contractant auquel le renseignement est transmis peut utiliser ledit renseignement, et peut le divulguer à d'autres organismes dans cet État contractant, aux fins de l'application du présent Accord ou de la législation de cet État contractant. Le renseignement peut être utilisé à d'autres fins et peut être divulgué à d'autres entités uniquement dans la mesure spécifiquement permise aux termes de la législation dudit État contractant. Les autorités compétentes des États contractants s'avisent de toute modification à leur législation en matière de protection des renseignements personnels et particulièrement en ce qui concerne les autres motifs pour lesquels l'information est utilisée ou divulguée à d'autres entités. L'État contractant qui modifie sa législation doit, à la demande de l'autre État contractant, participer à des négociations en vue de modifier ou compléter le présent Accord, selon le cas.
- (c) Dans les cas particuliers, l'organisme auquel le renseignement est transmis, à la demande de l'organisme qui a transmis ledit renseignement, avise ce dernier de l'usage auquel ledit renseignement a été soumis ainsi que son résultat.
- (d) Sur demande adressée à l'organisme de l'un ou l'autre des États contractants, la personne concernée a le droit d'être avisée du renseignement transmis et du but visé par la demande de renseignement ou par la transmission même, selon le cas.
- (e) L'organisme qui transmet le renseignement prend toutes les mesures nécessaires afin d'assurer que le renseignement soit exact et soit strictement limité à l'usage exclusif aux fins de la transmission.
 - (i) S'il devenait évident qu'un renseignement inexact est transmis, l'organisme qui reçoit le renseignement doit en être immédiatement avisé et doit corriger immédiatement le renseignement inexact.
 - (ii) S'il devenait évident qu'un renseignement dont la transmission est interdite aux termes de la législation de l'État transmetteur est transmis, l'organisme qui reçoit le renseignement doit en être immédiatement

Daten, soweit sie nicht erforderlich sind

- zur Bekämpfung von Missbrauch oder
- zur Verfolgung von Straftaten

im Zusammenhang mit den von dieser Stelle anzuwendenden Rechtsvorschriften oder anderen Gesetzen oder Vorschriften betreffend soziale Leistungen.

notified of this fact, and that agency shall delete that information unless the information is required

- to combat abuse
- or
- to prosecute criminal offences

in the context of the legislation which that agency administers or any other laws or provisions concerning social benefits.

avisé et doit supprimer ce renseignement sauf si les autorités en ont besoin:

- pour combattre l'abus
- ou
- poursuivre en justice des actes criminels

dans le contexte de la législation administrée par l'organisme ou toute autre loi ou disposition concernant les prestations sociales.

f) Übermittelte personenbezogene Daten werden von der empfangenden Stelle in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfängerstaats gelöscht.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.“

(10) Unter Nummer 2 Buchstabe a des Schlussprotokolls zum Abkommen werden die Worte „Altershilfe für Landwirte“ durch die Worte „Alterssicherung der Landwirte“ ersetzt.

(11) Nach Nummer 4 des Schlussprotokolls zum Abkommen wird folgende Nummer 4a eingefügt:

„4a. Zu den Artikeln 6 bis 10 des Abkommens:

Untersteht eine Person nach den Bestimmungen des Abkommens über die Versicherungspflicht den deutschen Rechtsvorschriften, so finden in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber auch die deutschen Vorschriften über die Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung Anwendung.“

(12) Unter Nummer 8 des Schlussprotokolls zum Abkommen werden unmittelbar nach den Worten „Zu Artikel 10 des Abkommens“ die Worte „und zu Nummer 7 Buchstaben a und c dieses Schlussprotokolls“ eingefügt.

(13) Nach Nummer 8 des Schlussprotokolls zum Abkommen wird folgende Nummer 8a eingefügt:

„8a. Zu Artikel 11 des Abkommens:

- a) Während einer Zeit der Anwesenheit oder des gewöhnlichen Aufenthalts im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland gilt eine Person nur dann als den Rechtsvorschriften über die Kanadische Rentenversicherung oder den Bestimmungen über die umfassende Rentenversicherung einer kanadischen Provinz unterstehend, wenn diese Person während dieser Zeit aufgrund einer Beschäftigung oder Tätigkeit Beiträge gemäß der betreffenden Versicherung entrichtet.
- b) Während einer Zeit der Anwesenheit oder des gewöhnlichen Auf-

(f) The agency of a Contracting State to which the information is transmitted shall delete that information in accordance with the legislation of that Contracting State.

(3) Paragraphs (1) and (2) shall apply to industrial and business secrets accordingly.”

(10) In point 2(a) of the Final Protocol to the Agreement, the words “Farmers’ Old Age Assistance” are replaced by the words “Farmers’ Old Age Security”.

(11) The following point 4A is added after point 4 of the Final Protocol to the Agreement:

“4A. With reference to Articles 6 to 10 of the Agreement:

Where, under the provisions of the Agreement regarding mandatory coverage, a person is subject to German legislation, German provisions relating to mandatory coverage for unemployment insurance shall also apply in the same manner to that person and his or her employer.”

(12) In point 8 of the Final Protocol to the Agreement, immediately after the words “With reference to Article 10 of the Agreement” the following words are added:

“and with reference to point 7(a) and (c) of this Final Protocol”.

(13) The following point 8A is added after point 8 of the Final Protocol to the Agreement:

“8A. With reference to Article 11 of the Agreement:

- (a) A person shall be considered to be subject to the Canada Pension Plan or to the comprehensive pension plan of a province of Canada during a period of presence or residence in the territory of the Federal Republic of Germany only if that person makes contributions pursuant to the plan concerned during that period by reason of employment or self-employment.
- (b) A person shall be considered to be subject to the legislation of the

(f) L'organisme d'un État contractant auquel le renseignement est transmis supprime ledit renseignement conformément à la législation dudit État contractant.

(3) Les paragraphes (1) et (2) s'appliquent par analogie aux secrets industriels et d'affaires.»

(10) Au point 2 (a) du Protocole final de l'Accord, les mots «l'aide aux agriculteurs âgés» sont remplacés par «la sécurité de vieillesse des agriculteurs».

(11) Le point 4A qui suit est ajouté après le point 4 du Protocole final de l'Accord:

«4A. Relativement aux articles 6 à 10 de l'Accord:

Si, aux termes des dispositions de l'Accord relatives à l'assurance obligatoire, une personne est assujettie à la législation allemande, les prescriptions allemandes relatives à l'assurance obligatoire à l'assurance chômage s'appliquent également de la même manière à ladite personne et à son employeur.»

(12) Au point 8 du Protocole final de l'Accord, immédiatement après les mots «Relativement à l'article 10 de l'Accord» les mots suivants sont ajoutés:

«et relativement au point 7 (a) et (c) du présent Protocole final».

(13) Le point 8A qui suit est ajouté après le point 8 du Protocole final de l'Accord:

«8A. Relativement à l'article 11 de l'Accord:

- (a) Une personne est considérée assujettie au Régime de pensions du Canada ou au régime général de pensions d'une province du Canada pendant une période de présence ou de résidence sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne uniquement si ladite personne verse des cotisations aux termes du régime concerné pendant ladite période d'emploi ou d'emploi autonome.
- (b) Une personne est considérée assujettie à la législation de la

enthalt im Hoheitsgebiet von Kanada gilt eine Person nur dann als den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland unterstehend, wenn diese Person während dieser Zeit aufgrund einer Beschäftigung oder Tätigkeit Pflichtbeiträge nach diesen Rechtsvorschriften entrichtet.“

Federal Republic of Germany during a period of presence or residence in the territory of Canada only if that person makes mandatory contributions pursuant to that legislation during that period by reason of employment or self-employment.”

République fédérale d'Allemagne pendant une période de présence ou de résidence sur le territoire du Canada uniquement si ladite personne verse des cotisations obligatoires aux termes de ladite législation pendant ladite période en raison d'emploi ou d'emploi autonome.»

(14) Unter Nummer 9 des Schlussprotokolls zum Abkommen wird der Text des Buchstabens b gestrichen. Der bisherige Buchstabe c wird Buchstabe b und erhält folgende Fassung:

(14) Point 9(b) of the Final Protocol to the Agreement is deleted. The existing point 9(c) becomes 9(b) and reads as follows:

(14) Le point 9 (b) du Protocole final de l'Accord est supprimé. Le point 9 (c) actuel devient le point 9 (b) et s'énonce de la façon suivante:

„b) Den für einen Leistungsanspruch auf Altersrente vor Vollendung des 65. Lebensjahrs oder auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach den deutschen Rechtsvorschriften vorausgesetzten Pflichtbeiträgen für eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit stehen Pflichtbeiträge für eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit in der Kanadischen Rentenversicherung gleich.“

“(b) Mandatory contributions to the Canada Pension Plan in respect of employment or self-employment shall be equivalent to mandatory contributions in respect of employment or self-employment required under German legislation for a claim to an old age pension before the age of 65 or to a pension on account of reduced earning capacity.”

«(b) Les cotisations obligatoires au Régime de pensions du Canada, relativement à un emploi ou à un emploi autonome, sont équivalentes aux cotisations obligatoires, relativement à un emploi ou à un emploi autonome, requises aux termes de la législation allemande pour avoir droit à une pension de vieillesse avant l'âge de 65 ans ou à une pension en raison d'une réduction de la capacité de gagner sa vie.»

(15) Unter Nummer 10 des Schlussprotokolls zum Abkommen werden die Buchstaben a und c gestrichen. Nummer 10 Buchstabe b wird Nummer 10.

(15) Points 10(a) and (c) of the Final Protocol to the Agreement are deleted. Point 10(b) is redesignated as point 10.

(15) Les points 10 (a) et (c) du Protocole final de l'Accord sont supprimés. Le point 10 (b) doit être transformé en point 10.

(16) Nach Nummer 12 des Schlussprotokolls zum Abkommen wird folgende Nummer 12a eingefügt:

(16) The following point 12A shall be added after point 12 of the Final Protocol to the Agreement:

(16) Le point 12A suivant doit être ajouté après le point 12 du Protocole final de l'Accord:

„12a. a) Die in Artikel 3 Buchstaben a bis c des Abkommens bezeichneten Personen, die bis zu dem Zeitpunkt, in dem der nationalsozialistische Einflussbereich sich auf ihr jeweiliges Heimatgebiet erstreckt hat,

“12A. (a) Persons specified in subparagraphs (a) to (c) of Article 3 of the Agreement who, prior to the date on which the National Socialist sphere of influence extended to what was then their homeland,

«12A. (a) Les personnes spécifiées aux alinéas (a) à (c) de l'article 3 de l'Accord qui, avant la date à laquelle la zone d'influence nationale-socialiste s'est étendue à ce qui était alors leur territoire d'origine,

- dem deutschen Sprach- und Kulturkreis angehört haben,
- das 16. Lebensjahr bereits vollendet hatten und
- sich wegen ihrer Zugehörigkeit zum Judentum nicht zum deutschen Volkstum bekannt hatten

- belonged to the German language and cultural group,
- had already attained age 16, and
- had not acknowledged themselves to be ethnically German because they were Jewish,

- appartenait au groupe culturel et linguistique allemand,
- étaient déjà âgées de 16 ans, et
- n'avaient pas reconnu leur intégration à l'ethnie allemande en raison de leur appartenance au judaïsme,

und die die Vertreibungsgebiete nach § 1 Absatz 2 Nummer 3 des deutschen Bundesvertriebenen-gesetzes verlassen haben, können auf Antrag freiwillige Beiträge zur deutschen Rentenversicherung nachentrichten, sofern für sie durch die Anwendung des § 17a Fremdrentengesetz erstmals Beitragszeiten oder Beschäftigungszeiten nach dem Fremdrentengesetz zu berücksichtigen sind. Die Nachentrichtung ist nur für Zeiten nach Vollendung des 16. Lebensjahrs und vor Vollendung des 65. Lebensjahrs und ab dem Zeitpunkt zulässig, in dem der nationalsozialistische Einflussbereich sich auf das jeweilige Heimatgebiet erstreckt hat. Die Nachentrichtung ist nur für Zeiten

and who left the areas of expulsion within the meaning of Article 1, paragraph 2, number 3, of the German Federal Law on Displaced Persons, may, upon application, pay retroactive voluntary contributions to the German pensions insurance system, provided that periods of contributions or periods of employment under the Foreign Pensions Law become creditable for these persons for the first time as a result of Article 17A of the Foreign Pensions Law. The retroactive voluntary contributions may only be paid for periods after attainment of age 16 and before attainment of age 65 and starting with the time the National Socialist sphere of

et qui ont quitté le territoire d'expulsion défini à l'article 1, paragraphe 2, numéro 3 de la Loi fédérale sur les personnes expulsées de l'Allemagne peuvent, sur demande, verser des cotisations volontaires rétroactives au régime d'assurance-pension allemand, dans la mesure où, en raison de l'application de l'article 17A de la Loi sur l'assimilation des droits à pension acquis à l'étranger, des périodes de cotisation ou d'emploi sont à prendre en compte pour ces personnes, pour la première fois selon cette dernière loi. Le versement de cotisations volontaires rétroactives ne peut viser que les périodes postérieures au 16^e anniversaire de

zulässig, die nicht bereits mit Beitragszeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften belegt sind. Der Eintritt des Versicherungsfalls bis zum Ablauf der Nachentrichtungsfrist steht der Nachentrichtung nicht entgegen.

influence was extended to what was then their homeland. Contributions shall only be permitted for periods that have not already been credited as periods of contributions according to German laws. An event giving rise to eligibility for benefits which occurs prior to the expiration of the time limit for the payment of retroactive contributions shall not preclude the payment of these retroactive contributions.

naissance et antérieures au 65^e anniversaire de naissance, à partir du moment où la zone d'influence nationale-socialiste s'est étendue sur le territoire d'origine des personnes en question. De telles cotisations ne sont admissibles qu'à l'égard des périodes qui n'ont pas déjà été couvertes par des cotisations, selon la législation allemande. Un événement qui donne lieu à l'admissibilité à des prestations et qui est antérieur à l'expiration du délai prévu pour le paiement de cotisations rétroactives, n'empêche pas le versement de ces cotisations rétroactives.

b) Eine Nachentrichtung nach Buchstabe a ist höchstens in dem Umfang zulässig, wie es zur Zahlung der auf Zeiten nach § 17a Fremdrentengesetz beruhenden Leistung unter Anwendung der am 1. Juli 1990 im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ohne das Beitrittsgebiet geltenden rentenrechtlichen Vorschriften über die Erbringung von Leistungen an Berechtigte ins Ausland erforderlich ist.

(b) Retroactive voluntary contributions according to subparagraph (a) may not exceed the amount necessary to permit payment of benefits based on periods creditable under Article 17A of the Foreign Pensions Law in accordance with the statutory pension provisions on payment of benefits to eligible persons abroad that were applicable in the territory of the Federal Republic of Germany – without the Acceding Territory (Beitrittsgebiet) – on 1 July 1990.

(b) Une cotisation volontaire rétroactive, aux termes de l'alinéa (a), n'est admise que dans la limite de ce qui est nécessaire aux fins du paiement des prestations basées sur les périodes cotisables tel que prévu à l'article 17A de la Loi sur l'assimilation des droits à pension acquis à l'étranger, en conformité des dispositions législatives relatives à l'assurance-pension portant sur le paiement des prestations aux bénéficiaires à l'étranger, lesquelles étaient en vigueur le 1^{er} juillet 1990, sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, à l'exception du territoire d'adhésion (Beitrittsgebiet).

c) Abweichend von Buchstabe a Satz 2 können Personen, die bis zum 31. Oktober 1991 das 65. Lebensjahr vollendet haben und durch Nachentrichtung freiwilliger Beiträge nach diesem Abkommen die Voraussetzungen für die Zahlung einer Leistung ins Ausland am 1. Juli 1990 nicht erfüllen, für die Zeit vom 1. Juli 1990 bis längstens 30. November 1991 freiwillige Beiträge nachentrichten, höchstens jedoch in dem Umfang, wie es zur Zahlung der Leistung ins Ausland erforderlich ist; insoweit kann der Versicherungsfall auf einen Zeitpunkt nach Vollendung des 65. Lebensjahrs hinausgeschoben werden.

(c) Notwithstanding the second sentence of subparagraph (a), persons who attained age 65 on or before 31 October 1991, and who, on 1 July 1990, do not meet the requirements for payment of benefits abroad through retroactive voluntary contributions pursuant to this Agreement, may pay voluntary contributions for the period from 1 July 1990, to 30 November 1991, but in an amount no greater than that which is necessary for the payment of the benefit abroad; for this purpose, the date of eligibility may be deferred to a point in time after attainment of age 65.

(c) Nonobstant la deuxième phrase de l'alinéa (a), les personnes qui avaient atteint l'âge de 65 ans au 31 octobre 1991 inclusivement et qui, le 1^{er} juillet 1990, ne remplissaient pas les conditions autorisant le paiement de prestations à l'étranger par le truchement de cotisations volontaires rétroactives, aux termes du présent Accord peuvent payer des cotisations volontaires pour la période comprise entre le 1^{er} juillet 1990 et le 30 novembre 1991, dans la limite, toutefois, de ce qui est nécessaire aux fins du paiement des prestations à l'étranger; à cette fin, la date d'admissibilité peut être remise à une date postérieure au 65^e anniversaire de naissance.

d) Beiträge sind in Höhe von 43,19 Euro (84,48 Deutsche Mark) für jeden Kalendermonat zu entrichten; dabei können die nachzuentrichtenden Beiträge mit der zu leistenden Rentennachzahlung verrechnet werden. Bei der Errechnung der für den Versicherten maßgebenden deutschen Rentenbemessungsgrundlage sind für die nachentrichteten Beiträge die Werte des Jahres 1994

(d) Contributions shall be paid in an amount of 43.19 Euro (84.48 Deutsche Mark) for each calendar month; for this purpose, the amount of retroactive voluntary contributions to be paid may be set off against the amount of any resulting benefits that are payable retroactively. For the computation of the insured person's relevant German pension computation base,

(d) Les cotisations doivent être versées à concurrence de 43,19 euros (84,48 Deutsche Mark) par mois civil; à cet effet, le montant des cotisations volontaires rétroactives à payer peut être décompté de celui de toute prestation payable rétroactivement. Pour les fins du calcul de la base de calcul de la pension allemande applicable à l'assuré, on applique les valeurs de l'an-

zugrunde zu legen.

- e) Zur Ermittlung der Leistungshöhe sind die am 1. Juli 1990 im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ohne das Beitrittsgebiet geltenden rentenrechtlichen Vorschriften einschließlich derjenigen über die Erbringung von Leistungen an Berechtigte im Ausland in Verbindung mit diesem Abkommen anzuwenden. Die Vorschriften über die Umwertung der Rente in persönliche Entgeltpunkte (§ 307 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch) finden entsprechend Anwendung. Der Monatsbetrag der ins Ausland zu zahlenden Rente ergibt sich aus dem Rentenartfaktor sowie

- i) den persönlichen Entgeltpunkten für die nach Satz 1 zu berücksichtigenden Beitragszeiten nach § 17a Fremdrentengesetz; dies gilt mit der Maßgabe, dass diese mit dem aktuellen Rentenwert (Ost), höchstens jedoch mit dem 0,7-fachen des aktuellen Rentenwerts, vervielfacht werden, wobei für die Zeit vom 1. Juli 1990 bis zum 31. Dezember 1990 ein Rentenwert von 8,16 Euro (15,96 Deutsche Mark), für die Zeit vom 1. Januar 1991 bis zum 30. Juni 1991 ein Rentenwert von 9,39 Euro (18,36 Deutsche Mark), für die Zeit vom 1. Juli 1991 bis zum 31. Dezember 1991 ein Rentenwert von 10,79 Euro (21,11 Deutsche Mark) gilt,

- ii) den persönlichen Entgeltpunkten für die nach den Buchstaben b und c zu berücksichtigenden Beitragszeiten, vervielfacht mit dem aktuellen Rentenwert, der in dem Jahr, für das die Rentenleistung erfolgt, jeweils maßgebend ist, wobei für Zeiten vor dem 1. Juli 1995 ein Betrag von 23,52 Euro (46,00 Deutsche Mark) zugrunde zu legen ist, und

the values for the year 1994 shall be applied to the retroactively paid contributions.

- (e) For purposes of computing the benefit amount, the statutory pension provisions applicable within the territory of the Federal Republic of Germany – without the Acceding Territory – on 1 July 1990, including the provisions on benefit payments to eligible persons abroad, shall be applied, together with this Agreement. The provisions on revaluation of pensions based on Personal Remuneration Points (Article 307 of Volume VI of the Social Law Code) shall be applied accordingly. The monthly amount of the benefit that is to be paid abroad shall be derived from the Pension Category Factor, as well as

- (i) the Personal Remuneration Points for contribution periods under Article 17A of the Foreign Pensions Law that are to be considered in accordance with the first sentence of this subparagraph (e); provided, however, that these shall be multiplied by the Present Pension Value (East) – but not more than 0.7 times the Present Pension Value – and a Pension Value of 8.16 Euro (15.96 Deutsche Mark) shall apply for the period from 1 July 1990, to 31 December 1990, a Pension Value of 9.39 Euro (18.36 Deutsche Mark) shall apply for the period from 1 January 1991, to 30 June 1991, and a Pension Value of 10.79 Euro (21.11 Deutsche Mark) shall apply for the period from 1 July 1991, to 31 December 1991;

- (ii) the Personal Remuneration Points for contribution periods to be considered according to subparagraphs (b) and (c) multiplied by the Present Pension Value that is applicable in the year for which the pension is to be paid, with the amount of 23.52 Euro (46.00 Deutsche Mark) being used for periods prior to 1 July 1995; and

née 1994 aux cotisations payées rétroactivement.

- (e) Pour les fins du calcul du montant de la prestation, il convient d'appliquer, conjointement avec les dispositions du présent Accord, les dispositions législatives et réglementaires relatives à l'assurance-pension en vigueur le 1^{er} juillet 1990, sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, à l'exception du territoire d'adhésion, y compris celles qui concernent le paiement des prestations aux bénéficiaires admissibles domiciliés à l'étranger. Les dispositions relatives à la réévaluation des pensions basées sur les points de rémunération personnels (article 307 du Livre VI du Code social) s'appliquent par analogie. Le montant mensuel de la prestation payable à l'étranger est déterminé à partir du facteur du type de pension, ainsi que:

- (i) des points de rémunération personnels pour les périodes de cotisation telles que prévues à l'article 17A de la Loi sur l'assimilation des droits à pension acquis à l'étranger qui doivent être pris en compte ainsi que le prévoit la première phrase de cet alinéa (e) étant attendu, toutefois, que ceux-ci doivent être multipliés par la valeur actuelle de la pension (Est), ce multiplicateur ne pouvant toutefois pas dépasser la valeur actuelle de la pension multipliée par 0,7, la valeur de la pension applicable pour la période comprise entre le 1^{er} juillet 1990 et le 31 décembre 1990 étant de 8,16 euros (15,96 Deutsche Mark), celle applicable pour la période comprise entre le 1^{er} janvier 1991 et le 30 juin 1991 étant de 9,39 euros (18,36 Deutsche Mark) et celle applicable pour la période entre le 1^{er} juillet 1991 et le 31 décembre 1991 étant de 10,79 euros (21,11 Deutsche Mark);

- (ii) les points de rémunération personnels pour les périodes de cotisation à prendre en compte aux termes des alinéas (b) et (c), multipliés par la valeur actuelle de la pension applicable au cours de l'année au titre de laquelle la pension doit être versée, le montant applicable pour les périodes antérieures au 1^{er} juillet 1995 s'élevant à 23,52 euros (46,00 Deutsche Mark), et

- iii) den übrigen persönlichen Entgeltpunkten, vervielfacht mit dem aktuellen Rentenwert, der in dem Jahr, für das die Rentenleistung erfolgt, jeweils maßgebend ist, wobei für Zeiten vor dem 1. Juli 1991 ein Betrag von 20,24 Euro (39,58 Deutsche Mark) zugrunde zu legen ist.
- f) Die Buchstaben a bis e finden nur auf Berechtigte, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt vor dem 1. Juli 1990 in Kanada begründet haben, Anwendung.
- g) Die Buchstaben a bis f gelten für die Hinterbliebenen der unter Buchstabe a bezeichneten Personen entsprechend für die Leistungen an Hinterbliebene, auch wenn der Tod des Versicherten bis zum Ablauf der Nachentrichtungsfrist eingetreten ist. Dies gilt auch für Leistungen an rentenberechtigte frühere Ehegatten und im Fall des Wiederauflebens der Hinterbliebenenrente.
- h) Die Nachentrichtung nach dieser Nummer muss innerhalb von vierundzwanzig Kalendermonaten nach Inkrafttreten dieser Nummer beantragt werden. Der Antrag ist bei dem Versicherungsträger zu stellen, an den der letzte deutsche Beitrag gezahlt wurde oder als gezahlt gilt und der für die Leistungsfeststellung zuständig ist. Wurde der letzte deutsche Beitrag an den Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung gezahlt, so kann eine Nachentrichtung nur zur Rentenversicherung der Arbeiter oder der Angestellten erfolgen. Die Beiträge sind an den für den Antrag zuständigen Versicherungsträger zu zahlen.
- i) Anträge nach Buchstabe h gelten als rechtzeitig gestellte Anträge auf Rente. Rentenleistungen nach dieser Nummer werden vom 1. Juli 1990 an geleistet, wenn bis zu diesem Zeitpunkt der Versicherungsfall eingetreten ist und die am 1. Juli 1990 geltenden Anspruchsvoraussetzungen für die Rente erfüllt sind. Tritt der Versicherungsfall nach dem 30. Juni 1990 ein, so werden die Rentenleistungen nach dieser Nummer
- (iii) the remaining Personal Remuneration Points multiplied by the Present Pension Value that is applicable in the year for which the pension is to be paid, with the amount of 20.24 Euro (39.58 Deutsche Mark) being used for periods prior to 1 July 1991.
- (f) Subparagraphs (a) through (e) shall only apply with respect to eligible persons who established ordinary residence in Canada before 1 July 1990.
- (g) For purposes of payment of survivors benefits, subparagraphs (a) through (f) shall apply accordingly to survivors of persons described in subparagraph (a), even if the insured person dies prior to the expiration of the time limit for retroactive voluntary contributions. This shall also apply in the case of benefits for former spouses with pension rights and in the case of reinstated survivors pensions.
- (h) An application to pay retroactive voluntary contributions according to this point must be filed within 24 calendar months following the entry into force of this point. The application must be filed with the social insurance institution to which the last German contribution was paid or deemed to have been paid, and which is competent for adjudicating the benefit claim. If the last German contribution was paid to an institution of the miners pensions insurance system, retroactive voluntary contributions may only be paid to the wage earners or salaried employees insurance system. The contributions shall be paid to the social insurance institution that is competent to accept and process the application.
- (i) Applications under subparagraph (h) shall be considered timely filed applications for benefits. Benefits resulting from this point shall be paid beginning 1 July 1990, if the event giving rise to eligibility occurs prior to this date and the benefit eligibility requirements applicable on 1 July 1990, are met. If the event giving rise to eligibility occurs after 30 June 1990, benefits resulting from this point shall be
- (iii) les autres points de rémunération personnels, multipliés par la valeur actuelle de la pension applicable au cours de l'année au titre de laquelle la pension doit être versée, le montant applicable pour les périodes antérieures au 1^{er} juillet 1991 s'élevant à 20,24 euros (39,58 Deutsche Mark).
- (f) Les alinéas (a) à (e) ne s'appliquent qu'aux bénéficiaires ayant élu domicile au Canada, avant le 1^{er} juillet 1990.
- (g) En ce qui concerne le paiement des prestations aux survivants, les dispositions des alinéas (a) à (f) s'appliquent, par analogie, aux survivants des personnes décrites à l'alinéa (a), même si le décès de l'assuré devait survenir avant l'expiration du délai de versement des cotisations volontaires rétroactives. Cette mesure s'applique également aux prestations payables aux anciens conjoints ayant droit à une pension et dans le cas d'une reprise du paiement des pensions de survivant.
- (h) Toute demande de paiement de cotisations volontaires rétroactives, prévue au présent point, doit être présentée dans les 24 mois civils suivant l'entrée en vigueur du présent point. La demande doit être présentée auprès de l'institution d'assurance sociale à laquelle la dernière cotisation allemande a été versée ou est réputée l'avoir été, celle-ci étant également responsable de la détermination de la prestation. Si la dernière cotisation allemande a été versée à une institution compétente de l'assurance-pension des travailleurs des mines, les cotisations volontaires rétroactives ne peuvent être effectuées qu'au profit de l'assurance-pension des ouvriers ou des employés salariés. Les cotisations doivent être versées à l'institution d'assurance sociale compétente à accepter la demande et à la traiter.
- (i) Les demandes présentées en vertu de l'alinéa (h) doivent être traitées comme des demandes de prestations dûment présentées dans les délais requis. Les prestations versées aux termes du présent point sont versées à compter du 1^{er} juillet 1990, si l'événement donnant lieu à l'admissibilité est survenu avant cette date et si les exigences relatives à l'admissibilité aux prestations en vigueur le 1^{er}

von dem Kalendermonat an geleistet, der dem Monat folgt, in dem der Versicherungsfall eingetreten ist und in dem die am 1. Juli 1990 geltenden Anspruchsvoraussetzungen für die Rente erfüllt sind; eine Hinterbliebenenrente wird vom Todestag an geleistet, wenn an den Versicherten eine Rente im Sterbemonat nicht zu leisten ist.

paid beginning with the calendar month following the month in which the event giving rise to eligibility occurs and the benefit eligibility requirements applicable on 1 July 1990, are met; a survivors benefit shall be paid from the date of death if a benefit was not payable to the insured person for the month of death.

juillet 1990 sont remplies. Si l'événement ouvrant droit à l'admissibilité est survenu après le 30 juin 1990, les prestations prévues aux termes du présent point sont versées à compter du mois civil suivant celui au cours duquel l'événement a eu lieu et où les exigences relatives à l'admissibilité aux prestations applicables le 1^{er} juillet 1990 ont été remplies; si des prestations n'étaient pas payables à l'assuré pour le mois du décès, les prestations de survivant sont versées à compter de la date du décès.

- j) Die Buchstaben h und i gelten auch für Personen, deren Rente bereits vor Inkrafttreten dieser Nummer festgestellt worden ist. Dabei werden mindestens die bisherigen persönlichen Entgeltpunkte zugrunde gelegt.“

- (j) Subparagraphs (h) and (i) shall also apply with respect to persons whose pensions were awarded prior to the entry into force of this point. In this case, the amount of Personal Remuneration Points shall at least equal the amount previously considered.”

- (j) Les alinéas (h) et (i) s'appliquent également aux personnes dont la pension a été déterminée avant l'entrée en vigueur du présent point. Dans ce cas, le nombre de points de rémunération personnels doit à tout le moins être égal au nombre préalablement crédité.»

(17) Nummer 14 des Schlussprotokolls zum Abkommen wird gestrichen.

(17) Point 14 of the Final Protocol to the Agreement is deleted.

(17) Le point 14 du Protocole final de l'Accord est supprimé.

Artikel 2

(1) Dieses Zusatzabkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieses Zusatzabkommen tritt am ersten Tag des vierten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Artikel 14 Buchstabe a Ziffer ii des Abkommens in der Fassung des Artikels 1 Absatz 5 dieses Zusatzabkommens ist rückwirkend vom 3. Oktober 1990 an anzuwenden.

(4) Artikel 1 Absatz 16 dieses Zusatzabkommens ist rückwirkend vom 1. Juli 1990 an anzuwenden.

Article 2

(1) This Supplementary Agreement shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged in Berlin as soon as possible.

(2) This Supplementary Agreement shall enter into force on the first day of the fourth month following the final day of the month in which the instruments of ratification are exchanged.

(3) Article 14(a)(ii) of the Agreement as amended by Article 1(5) of this Supplementary Agreement shall be applied retroactively as from 3 October 1990.

(4) Article 1(16) of this Supplementary Agreement shall be applied retroactively as from 1 July 1990.

Article 2

(1) Le présent Accord supplémentaire sera ratifié. Les instruments de ratification seront échangés à Berlin aussitôt que possible.

(2) Le présent Accord supplémentaire entre en vigueur le premier jour du quatrième mois qui suit le dernier jour du mois de l'échange des instruments de ratification.

(3) L'article 14 (a) (ii) de l'Accord modifié par l'article 1(5) du présent Accord supplémentaire est appliqué rétroactivement au 3 octobre 1990.

(4) L'article 1(16) du présent Accord supplémentaire est appliqué rétroactivement au 1^{er} juillet 1990.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Zusatzabkommen unterschrieben.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized, have signed this Supplementary Agreement.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés, ont signé le présent Accord supplémentaire.

Geschehen zu Toronto am 27. August 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done at Toronto on the 27th day of August 2002, in two copies, in the German, English and French languages, each text being equally authentic.

Fait à Toronto le 27^{ième} jour d'août 2002, en deux exemplaires, en allemand, en français, et en anglais, chaque texte faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Pour la République fédérale d'Allemagne
Christian Pauls

Für Kanada
For Canada
Pour le Canada
Jane Stewart

Denkschrift zu dem Zusatzabkommen

I. Allgemeines

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Kanada in der sozialen Sicherheit sind durch das Abkommen vom 14. November 1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada über Soziale Sicherheit (BGBl. 1988 II S. 26), das am 1. April 1988 in Kraft getreten ist, geregelt. Mit dem Zusatzabkommen vom 27. August 2002 wird das Abkommen unter Berücksichtigung der in Deutschland eingetretenen politischen Veränderungen und der in den beiden Vertragsstaaten zwischenzeitlich erfolgten innerstaatlichen Rechtsänderungen im Bereich der sozialen Sicherheit geändert und ergänzt.

Das Zusatzabkommen stellt zunächst insbesondere sicher, dass nunmehr auch Wohnzeiten in der ehemaligen DDR vor dem 3. Oktober 1990 mit Wohnzeiten in Kanada für den Anspruch auf eine kanadische Volksrente zusammengerechnet werden.

Es enthält darüber hinaus eine Regelung, die die Zahlbarmachung von Fremdreuten an deutschsprachige Juden, die aus osteuropäischen Staaten nach Kanada ausgewandert sind, ermöglicht.

Deutschsprachige Juden aus osteuropäischen Staaten wurden im Falle der Übersiedlung nach Deutschland nicht als Aussiedler anerkannt und konnten somit für ihre osteuropäischen Zeiten auch keine Leistungen nach dem Fremdrentengesetz (FRG) erhalten. Grund hierfür war, dass – auch wenn sie zu Beginn der allgemeinen Verfolgungsmaßnahmen durch den Nationalsozialismus dem deutschen Sprach- und Kulturkreis angehörten – sie sich nicht zum deutschen Volkstum bekannt haben, da sie nicht ihre Identität als Juden aufgeben wollten.

Durch eine Gesetzesänderung im Jahre 1990 wurde dieser Personenkreis in das FRG einbezogen mit der Folge, dass ihnen nunmehr eine deutsche Rente nach dem FRG für ihre osteuropäischen Zeiten gezahlt werden kann, wenn sie sich gewöhnlich in Deutschland aufhalten. Da jedoch der Großteil des betroffenen Personenkreises in Israel und in den USA lebt, war es erforderlich, durch den Abschluss von Zusatzabkommen mit Israel und den USA eine Regelung zu schaffen, nach der den Betroffenen ein Recht zur Nachentrichtung freiwilliger Beiträge zur deutschen Rentenversicherung eingeräumt wurde, um die Zahlbarmachung einer deutschen Rente nach dem FRG für ihre osteuropäischen Zeiten zu ermöglichen (siehe im Einzelnen für die USA die Nummer 8 des Schlussprotokolls, eingeführt durch Artikel 1 des Zweiten Zusatzabkommens über Soziale Sicherheit vom 6. März 1995 – BGBl. 1996 II S. 301 – und für Israel die Nummer 11 des Schlussprotokolls, eingeführt durch Artikel 1 des Zusatzabkommens über Soziale Sicherheit vom 12. Februar 1995 – BGBl. 1996 II S. 298).

Durch das Zusatzabkommen wird nunmehr auch für betroffene Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Kanada eine Israel und den USA entsprechende Sonderregelung geschaffen. Die Betroffenen erhalten somit ebenfalls ein Nachentrichtungsrecht von freiwilligen Beiträgen zur deutschen Rentenversicherung eingeräumt, um eine deutsche Fremdreute für ihre osteuropäischen Zeiten erhalten zu können.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Absatz 1 stellt hinsichtlich des territorialen Geltungsbereichs des Abkommens in Bezug auf Deutschland auf das deutsche Hoheitsgebiet ab. Daneben enthält die Bestimmung redaktionelle Anpassungen in Bezug auf die Bezeichnung der zuständigen deutschen Behörde.

Absatz 2 enthält redaktionelle Anpassungen im sachlichen Geltungsbereich.

Absatz 3 enthält eine Anpassung der Regelung über die Zuordnung zum kanadischen Volksrentensystem an innerkanadische Rechtsänderungen.

Die Absätze 4 bis 6 ändern und ergänzen die Regelungen im Bereich der Rentenversicherung.

Absatz 4 sieht die Berücksichtigung bestimmter Tatbestände in Kanada bei der Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung vor. Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, dass bestimmte Pflichtbeitragszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt wurden und sich dieser Zeitraum durch bestimmte Zeiten oder Tatbestände verlängert, so werden für die Verlängerung auch vergleichbare Zeiten nach den kanadischen Vorschriften oder vergleichbare Tatbestände in Kanada berücksichtigt.

Absatz 5 enthält Anpassungen zu den Regelungen für die kanadische Volksrente. Nach Maßgabe dieser Vorschrift werden Versicherungszeiten in der deutschen Rentenversicherung sowie Wohnzeiten in Deutschland wie eine Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts in Kanada behandelt und mit kanadischen Wohnzeiten zusammengerechnet. Soweit der Anspruch auf eine kanadische Volksrente aufgrund Zusammenrechnung deutscher Versicherungszeiten mit kanadischen Wohnzeiten besteht, wird die Leistung nach Maßgabe der kanadischen Vorschriften rückwirkend erbracht; bei Zusammenrechnung mit Versicherungszeiten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR frühestens ab 3. Oktober 1990.

Absatz 6 enthält Anpassungen der Regelungen für die Rechtsvorschriften über die kanadische Beitragsrentenversicherung. Für den Fall, dass die Anspruchsvoraussetzungen nur unter Zusammenrechnung deutscher und kanadischer Versicherungszeiten erfüllt sind, ist wie bisher eine so genannte „zwischenstaatliche“ Rentenberechnung (Pro-rata-Rente) vorgesehen. Die bisherige Formulierung bewirkte aber, dass diese Pro-rata-Rente höher sein kann, als eine vergleichbare innerstaatliche kanadische Rente. Die Ergänzung in Buchstabe b Unterabsatz ii stellt nunmehr sicher, dass die Rente auf den Betrag begrenzt wird, der nach innerstaatlichem kanadischen Recht zu zahlen wäre.

Die Absätze 7 und 8 enthalten Anpassungen bei den üblichen Regelungen für das Zusammenwirken der in beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen an die Rechtsentwicklung.

Absatz 9 regelt in umfassender Weise den Schutz der Sozialdaten, die in Anwendung des Abkommens oder der

Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an Stellen im anderen Vertragsstaat übermittelt werden.

Absatz 10 enthält eine redaktionelle Anpassung des Schlussprotokolls.

Absatz 11 enthält eine Bestimmung im Schlussprotokoll, mit der die Artikel 6 bis 10 des Abkommens ergänzt werden. Nach dieser Bestimmung finden in Bezug auf die Versicherungspflicht bei Unterstellung einer Person unter die deutschen Rechtsvorschriften auch die deutschen Vorschriften über die Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung Anwendung.

Absatz 12 enthält eine Ergänzung des Schlussprotokolls dahin gehend, dass die in Nummer 8 Buchstabe a des Schlussprotokolls vorgesehene Beschäftigungsortfiktion auch in Bezug auf die in Artikel 9 des Abkommens genannten Personen Anwendung findet.

Absatz 13 enthält eine für die kanadische Seite erforderliche Ergänzung im Schlussprotokoll. Die Bestimmung stellt klar, wann eine Person als den kanadischen Rechtsvorschriften unterstehend angesehen wird.

Absatz 14 enthält notwendige Anpassungen im Schlussprotokoll an die Rechtsentwicklung.

Absatz 15 enthält notwendige Anpassungen an die Rechtsentwicklung im Schlussprotokoll in Form von Streichungen.

Absatz 16 enthält die Regelungen über die Nachentrichtung von freiwilligen Beiträgen zur deutschen Rentenversicherung für den Bezug von Fremdrenten nach den oben unter „Allgemeines“ dargestellten Modalitäten.

Absatz 17 enthält eine Streichung im Schlussprotokoll aus redaktionellen Gründen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 enthält die üblichen Schlussbestimmungen und eine Bestimmung in Absatz 3 über die rückwirkende Anwendung des Artikels 14 Buchstabe a Ziffer ii des Abkommens (vgl. oben zu Artikel 1 Abs. 5) vom 3. Oktober 1990 an.

